

Mit Sicherheit ein gutes Geschäft

von Stadtrat Jürgen Siebicke



Wäre ich jemand, der in Ingolstadt ein gutes Geschäft machen möchte, hätte ich mit Sicherheit eine gute Geschäftsidee gefunden. Ich würde drei sogenannte Stänkerer auf Minijobbasis für ca. ein halbes Jahr engagieren. Diese hätten dann die Aufgabe an den Wochenenden in der gesamten Stadt mit irgendwelchen Betrunknen Schlägereien anzustiften, so dass die Polizei so richtig überfordert und mit ihrem Personal total überlastet ist. Nebenbei würde ich versuchen die öffentliche Diskussion dahingehend zu bestimmen, dass ein Gefühl der Angst entsteht, welches die Forderung nach mehr Sicherheit mit sich bringt. Es würde sich aus Altstadtbewohnern, Wirten und Politikern ein Kompetenzteam (IN-Kompetenz) gründen, das dann ganz schnell einen privaten Security Service (City Streife) fordert. Ich hätte inzwischen ein Sicherheitsunternehmen (IN-Security) gegründet, und könnte der Stadt ein sehr kostengünstiges Angebot machen, weil ich vor allem Harz IV Empfänger auf 1,50 Euro Basis beschäftigen würde.

Wie gut dass ich niemand bin der in Ingolstadt ein gutes Geschäft machen möchte, und dass Unternehmer nicht so schlecht denken wie ich. Oder doch? Wer die allmontaglichen Zeitungsmeldungen liest und die momentane Diskussion in unserer Stadt verfolgt, könnte durchaus den Eindruck gewinnen, dass ich mit meiner Verschwörungstheorie recht haben könnte. Eins ist auf jeden Fall sicher, die LINKE. Stadtratsgruppe wird niemals einer Privatisierung der Öffentlichen Sicherheit zustimmen. Öffentliche Sicherheit ist und bleibt die Aufgabe der Polizei. Hier haben private „Schwarze Sheriffs“ nichts zu suchen.

V.i.S.d.P.: Klaus Bruno Engelhardt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt

Zunehmende Insolvenzen auch in der Region Die Politik ist gefordert

Mit Besorgnis sieht die Ingolstädter Bundestagsabgeordnete der Linken, Eva Bulling-Schröter, die zunehmende Anzahl von Insolvenzen auch in der Region. In vielen Fällen spielt dabei das Verhalten der Banken eine zentrale Rolle. „Für mich“, so die Politikerin, „haben Banken grundsätzlich eine dienende Funktion um die wirtschaftlichen Kreisläufe in Schwung zu halten. Doch manchmal habe ich den Eindruck, als würde nur der richtige Moment abgewartet, um den Hahn zuzudrehen.“ Immer häufiger würde von den Banken die Kreditvergabe verweigert, es werde der Zinssatz erhöht oder zusätzliche Sicherheiten gefordert. Milliarden Euro Steuergelder sind in den Bankensektor geflossen, die Europäische Zentralbank hat den Zinssatz herunter gefahren und dennoch fließt kein Geld. Dadurch würden in zunehmendem Umfang auch gesunde Unternehmen in die Knie gezwungen. Einer Umfrage des Kreditversicherers Euler Hermes zu Folge ist bei rund 40 Prozent aller Insolvenzen in der ersten Jahreshälfte die Kreditklemme „die zentrale Ursache“. Dies obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) den Banken zu niedrigsten Zinsen und ungewöhnlich langfristig Geld leiht. Gemeinsam mit der Fraktion der Linken hat Frau Bulling-Schröter einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Privatbanken auf das Gemeinwohl verpflichten will und eine direkte Kreditvergabe durch die KfW ermöglichen soll. „Wir wollen den Privatbanken Zügel anlegen und sie zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückführen. Doch gerade in den Regionen tragen auch die Sparkassen große Verantwortung. Hier ist auch die örtliche Politik gefordert.“

Eva Bulling-Schröter Umweltausschussvorsitzende Neue Herausforderungen

Die Bundestagsabgeordnete wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages gewählt.

Was bedeutet der Vorsitz des Umweltausschusses für Deine politische Arbeit?

Erst einmal denke ich, dass damit auch mein langjähriges Engagement für die Umwelt honoriert wurde. Zum anderen ist diese Funktion natürlich auch eine Herausforderung. Ich bin nun parlamentarische Ansprechpartnerin für Umweltverbände und ökologische Initiativen, aber auch für Firmen die sich mit Umwelttechnik beschäftigen. Aktuell z.B. geht es um Änderungen des Energie-Einspeisungs-Gesetzes (EEG). Hier gibt es bei den Produzenten von Technologien für erneuerbare Energie, bei ihren Zulieferern und Beschäftigten, große Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft und den Erhalt der Arbeitsplätze. Dabei geht es um ganz praktische Fragen: Soll man noch in die erneuerbare Energie investieren, oder wird diese Zukunftstechnologie durch die Bundesregierung ausgetrocknet. Der Ausschuss und seine Vorsitzende als parlamentarische Institution sind da gefordert und meine Arbeitsschwerpunkte verlagern sich.

Also noch weniger Zeit in Ingolstadt?

Genau das will ich nicht. Deshalb muss ich meine Arbeitsschwerpunkte neu ordnen. Ich will meine Aufgaben im Wahlkreis und in der Umweltpolitik ins Zentrum rücken. Dafür brauche ich auch zeitlich mehr Freiraum. Auch deshalb habe ich mich entschlossen, nicht mehr als Landessprecherin der bayerischen LINKEN zu kandidieren.

Dieser Rückzug hat nichts mit den Querelen bei den bayerischen LINKEN zu tun?

Wenn ich in einem Arbeitsfeld auf die Bremse trete, um an anderen Stellen Gas zu geben, dann ist Rückzug wohl das falsche Wort. Seit zwanzig Jahren habe ich an verantwortlicher Stelle an der Formierung einer neuen LINKEN in Bayern mitgearbeitet. Als bayerische Landessprecherin der PDS habe ich die Fusion mit der WASG aktiv mit gestaltet. Mehr als zehn Jahre stand ich an der Spitze des bayerischen Landesverbandes. Da, so denke ich, ist es zulässig, Platz zu machen und sich neuen politischen Herausforderungen zu stellen.

